

Anreize zum Terror aus dem Budget der Palästinensischen Autonomieregierung

Zusammenfassung: Die Praxis der palästinensischen „Märtyrerrenten“ und Gefangenenzahlungen leistet Gewalt und Terrorismus Vorschub und steht einer verhandelten Zweistaatenlösung, einem erklärten Ziel der Bundesregierung, entgegen. Die Palästinensische Autonomiebehörde zahlte dafür in 2021 ca. 240 Mio. Euro. Diese Gelder müssen als Anreiz zum Terror verstanden werden.

Policy-Empfehlung: Die Bundesregierung und der Haushaltsausschuss des Bundestages sollten umgehend Teilzahlungen an die Palästinenser einfrieren, solange diese Praxis fortbesteht. Die Palästinensische Postbank, die die Terrorgelder ausgibt, sollte sanktioniert werden.

So genannte „Märtyrerrenten“ und Gefangenenzahlungen als Anreiz zum Terror

Die Palästinensische Autonomieregierung (PA) bezahlt Terroristen und ihren Familien monatliche Zuwendungen.

Die Zahlungen der Palästinensischen Autonomiebehörde sind höher, je tödlicher das Terrorattentat ausfällt, sie sind seit 2004 auch gesetzlich verankert (Palästinensisches Gefangenengesetz Nr. 19) und werden aktuell von der PLO ausgegeben.¹ Letztlich stammen die Zahlungen aus dem palästinensischen Regierungsbudget, das zu großen Teilen aus internationalen Hilfsgeldern, auch aus Europa, bestritten wird.

Die Palästinensische Autonomiebehörde gibt damit Anreize, weitere Anschläge zu verüben. Von Januar bis September 2022 gab es laut Angaben der israelischen Regierung 1.781 versuchte und verübte Terroranschläge.² 21 Personen wurden bei diesen Anschlägen getötet, 83 Menschen verwundet. Im Vorjahr 2021 gab es nur 5 Tote bei Terrorattentaten (die Raketenangriffe aus Gaza sind dabei nicht berücksichtigt).

Das Gefangenen-Gesetz und die „Martyrerrenten“

Es gibt zwei unterschiedliche Zahlungen der Palästinensischen Autonomiebehörde, die als Anreiz zum Terrorismus gewertet werden können.

Einerseits gibt es das **Palästinensische Gefangenen-Gesetz**. Es regelt die monatlichen Zahlungen an Gefangene in und Freigekommene aus israelischen Gefängnissen. Je höher die Strafe, je tödlicher also das Terrorattentat ist, desto höher sind die Zuwendungen. Das Gefangenen-Gesetz besagt, dass diese Unterstützung dem „kämpfenden Sektor“ der ein „integraler Teil der arabisch-palästinensischen Gesellschaft“ sei, zugutekommen soll.³ Teilweise erhalten die freigekommenen Terroristen nach ihrer Entlassung Stellen im palästinensischen Sicherheitsapparat⁴ und anderen Regierungsinstitutionen sowie andere Vergünstigungen wie Studiengebühren und Krankenversicherungen. Der Zusatz zum Gefangenen-Gesetz von 2013 „garantiert“ entlassenen Häftlingen eine Position, die sich nach der Dauer ihrer Haft“, also nach der Schwere ihrer Tat richtet.

Zweitens gibt es die sogenannten „**Martyrerrenten**“. Familien von Selbstmordattentätern und Familien von Personen, die durch israelische Sicherheitskräfte umkamen, erhalten lebenslange monatliche Zuwendungen aus einem Fonds für „Martyrer und Verwundete“.

Ein palästinensischer Familienvater, der nicht mehr weiß, wie er die Kinder ernähren soll, wird die „Martyrerrente“ als Anreiz zum Selbstmordattentat verstehen, da mit den garantierten monatlichen Zahlungen nach seinem Tod seine Familie gut versorgt ist. Ein palästinensischer Jugendlicher, der sich in einer Sinnkrise befindet, betrachtet sie als Ansporn einen Anschlag zu verüben, weil er damit seiner Familie ein zukünftiges Einkommen sichert und zum gefeierten Helden für seine Umgebung aufsteigt.

Die „Martyrerrenten“ und die Gefangenenzahlungen, die die normale Sozialhilfe weit übersteigen, sind neben der staatlichen palästinensischen Propaganda in Staatsmedien⁵ und der Erziehung zum Hass im palästinensischen Schulsystem⁶ als Hauptfaktoren für den arabisch-palästinensischen Terrors zu betrachten. Wenn von außen nicht mehr Druck auf die PA ausgeübt wird, wird sich die palästinensische Gesellschaft, wie an den Statistiken der vergangenen Jahre abzulesen war, immer weiter radikalisieren.⁷

Höhe der Zahlungen in 2021

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) gibt sich mit Blick auf ihr Budget seit 2019 sehr intransparent. Die Nichtregierungsorganisation Palestinian Media Watch (PMW) geht für 2021 von 841 Millionen Sheckel an Terrorzahlungen durch die PA aus.⁸ Das entspricht € 240 Mio.⁹

Das MFFB untersuchte in seinem Policy Paper „Sozialhilfe für Gewalt und Terror?“ 2017 die Terrorgelder und das Budget der Palästinensischen Autonomiebehörde, als dieses noch öffentlich einzusehen war. Im Jahr 2017 betrugen die Terrorgelder € 291,6 Mio.¹⁰ Bei geringeren Hilfgeldern aus den USA im vergangenen Jahr gegenüber 2017 erscheint uns die Schätzung der israelischen NGO „Palestinian Media Watch“ realistisch, die von einer Summe von 240 Mio. Euro in 2021 ausgeht.

Da die USA mit dem „Taylor Force Act“ im Jahr 2017¹¹ und Israel mit dem „Pay for Slay“ Gesetz 2018¹² Gesetze erließen, die die praktische Auszahlung der Gelder mit Sanktionen beantworteten bzw. behinderten, ist die palästinensische Administration neuerdings dazu übergegangen, die Terrorgelder über Kreditkarten und Geldautomaten der Palästinensischen Postbank auszuzahlen. Die Palästinensische Postbank muss wegen der Auszahlung der Terrorgelder umgehend international sanktioniert werden. Deutschen Instituten muss der Zahlungsverkehr mit ihr verboten werden.

„Märtyrerrenten“ und Terrorzahlungen als wichtiges ideologisches Ziel

Trotz dem hohen Druck aus den USA und aus Israel will Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas unbedingt an den Terrorzahlungen festhalten. 2021 verkündete er im PA-Fernsehsender: "Wir segnen unsere treuen Märtyrer, unsere Gefangenen und ihre Familien, die standhaft sind und ihr Leiden mit Geduld ertragen. Wir sagen ihnen, den Familien der Märtyrer, dass wir ihre Rechte verteidigen werden, egal, welchen Preis wir dafür zahlen müssen. Ich werde mich nicht dem beugen, was Israel verlangt. Ich werde mich nicht fügen. Selbst wenn mir nur ein Penny bleibt, werde ich ihn den Familien der Märtyrer, den Gefangenen und den Verwundeten zahlen, und ich werde ihnen ihr Geld nicht vorenthalten."¹³

Empfehlung: Deutsche Hilfsgelder müssen teilweise eingefroren werden

Die Praxis der palästinensischen „Märtyrerrenten“ und Gefangenenzahlungen steht einer verhandelten Zweistaatenlösung, einem erklärten Ziel der Bundesregierung, entgegen und leistet Gewalt sowie Terrorismus Vorschub. Deutschland gehört zu den größten Geldgebern der Palästinenser. Im August 2022, kurz nachdem Präsident Mahmoud Abbas bei einer Pressekonferenz im Beisein von Bundeskanzler Olaf Scholz den Holocaust relativierte, verkündete das Auswärtige Amt, dass die Bundesregierung 340 Mio. Euro für humanitäre Hilfe und Entwicklung in 2021 und 2022 überweisen wird. Eine direkte Finanzierung der PA fände nicht statt.¹⁴

Es stellt sich jedoch die Frage, warum Deutschland nicht mehr Druck auf die Palästinensische Autonomiebehörde ausübt, um diese direkten Anreize für Terrorismus zu beenden. Die deutschen Hilfsgelder sollten konditioniert und in Teilen zurückgehalten werden. Die Praxis der „Märtyrerrenten“ und Gefangenenzahlungen muss abgeschafft werden. Die PA muss unter Druck gesetzt, eine allgemeine Sozialhilfe für alle bedürftigen Personen einzuführen. Alle Bedürftigen sollten die gleichen Sozialleistungen erhalten, Terrorismus darf nicht belohnt werden. Bis diese Praxis geändert ist, sollte jährlich ein 20%iger Anteil der deutschen Hilfsgelder eingefroren werden. Die Bundesregierung und der Haushaltsausschuss des Bundestages könnten jederzeit zu diesem Mittel greifen und auch die Palästinensische Postbank sanktionieren.

9. November 2022

Mideast Freedom Forum Berlin e.V.

Postfach 2 77 48, 10130 Berlin

Tel. 030 – 209 95 852

info@mideastfreedomforum.org

www.mideastfreedomforum.org

¹ Das Mideast Freedom Forum Berlin hat 2018 ein umfassendes Policy Paper zur Praxis der Märtyrerrenten veröffentlicht, das auch Empfehlungen an die Bundesregierung und die EU enthält. Vergleiche dazu „Sozialhilfe für Gewalt und Terror?“ https://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Artikel/Policy_Paper/Sozialhilfe_fuer_Gewalt_Oktober_edition.pdf

² <https://www.gov.il/en/departments/general/wave-of-terror-october-2015>

³ Siehe Fußnote 3

⁴ 600 wurden im Zuge eines Verschleierungsversuchs laut eigenen palästinensischen Angaben nach November 2020 eingestellt. <https://www.memri.org/reports/palestinian-authority-introduces-new-system-payment-allowances-terrorists-and-their-families>

⁵ <https://palwatch.org/analysis/869>

⁶ Siehe MFFB Broschüre zu Pal. Schulbüchern:

<https://www.mideastfreedomforum.org/veroeffentlichungen/broschueren/palaestinensische-schulbuecher>. Die neueste Analyse antisemitischer und israelfeindlicher Inhalte der Palästinensischen Schulbücher vom Mai 2021: https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/PA-Reports_-_Updated-Selected-Examples_May-2021.pdf

⁷ Vgl. Fußnote 1.

⁸ <https://palwatch.org/page/30246>

⁹ Umrechnungskurs Dezember 2021

¹⁰ Vgl. Fußnote 1.

¹¹ <https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/1164>

¹² <https://www.jpost.com/breaking-news/article-713547>

¹³ <https://palwatch.org/page/30246>

¹⁴ <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-regierung-verspricht-340-millionen-euro-fuer-palaestiner-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220819-99-443118>